IMMAC
... leading in social investments

Datum:	26. November 2010
Medium:	Kleine Zeitung

Bankensteuer soll in die Pflege fließen

Bis zu 360 Millionen Euro will Österreich in den nächsten drei Jahren zusätzlich für die Pflege ausgeben. Jetzt feilschen Bund und Länder, wer wie viel dafür zahlen soll.

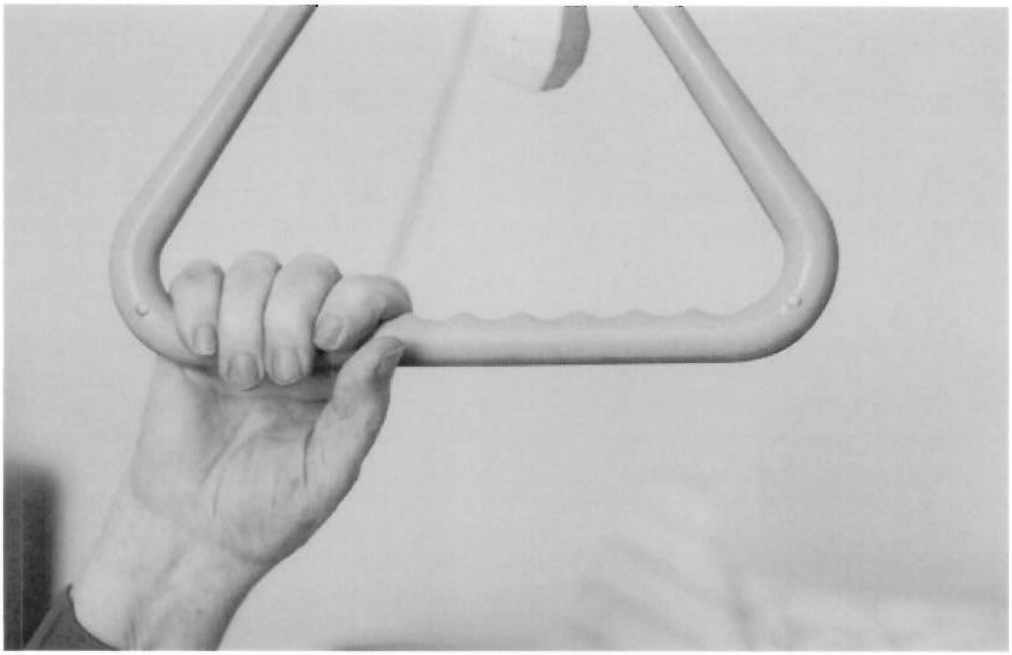

Foto © Erwin Scheriau Ein provisorischer Pflegetopf soll mit 360 Millionen Euro dotiert werden

Das Grundproblem ist nicht neu: Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt von Jahr zu Jahr, doch die Finanzierung der Mehrkosten ist ungelöst. Schon die Vorgänger-Regierung hatte daher die Schaffung eines "Pflegefonds" angedacht - passiert ist wegen vorzeitiger Wahlen nichts. Inzwischen geht Ländern und Gemeinden das Geld aus.

Nun zeichnet sich zumindest eine vorläufige Lösung ab: Bis Jahresende will Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) einen Topf einrichten, der von Bund, Ländern und Gemeinden gespeist werden soll. In drei Jahren, wenn der Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern neu verhandelt wird, soll dann ein dauerhaftes Pflegefonds-Modell auf die Beine gestellt werden.

Doch noch feilschen Bund und Länder um ihre Beiträge für den provisorischen Pflegetopf, der mit bis zu 360 Millionen Euro dotiert werden soll. Die Länder sollten ihre Mehreinnahmen durch das geplante Sparpaket beisteuern, heißt es aus dem Sozialministerium. "Unsere Bedingung ist, dass ein Teil der Bankensteuer zweckgewidmet wird", sagt ein Hundstorfer-Sprecher. Von den erhofften 500 Millionen aus der neuen Bankenabgabe dürften rund 165 an die Länder gehen.

Eine Bedingung, mit der sich zumindest die rote Salzburger Landeshauptfrau Gabi Burgstaller anfreunden kann: "Das ist ein Angebot, das man nicht ausschlagen kann." Bei der Landeshauptleute-

Konferenz am Dienstag hatte der Vorarlberger Herbert Sausgruber (ÖVP) den geplanten Kostenschlüssel skizziert: Demnach wolle der Bund zwei Drittel der Kosten stemmen, Länder und Gemeinden würden sich dann mit einem Drittel beteiligen. Sausgruber pocht aber darauf, dass die Verwendung der Mittel Ländersache bleibt: Ob das Geld für neue Heime, den Ausbau der mobilen Pflege oder finanzielle Unterstützung verwendet wird, wollen die Länder entscheiden.

Im Sozialministerium kommentiert man dieses Länderangebot nicht - wohl aus taktischen Gründen. "Noch gibt es keine offiziellen Verhandlungen, die finalen Gespräche starten im Dezember", sagt Hundstorfers Sprecher. Für die Länderpositionen ist Vorarlbergs Landeshauptmann Sausgruber dabei, eine schriftliche Grundlage zu erstellen.